

Du bist Demokratie.

Positionierung zur Stärkung und Verteidigung des demokratischen Zusammenlebens in Niedersachsen.

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch die gleichen Rechte, Chancen und Möglichkeiten hat. Dafür setzt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. gemeinsam mit seinen rund 880 Mitgliedsorganisationen und Tochtergesellschaften jeden Tag ein.

Wir arbeiten an der Seite von Menschen, die Unterstützung brauchen oder soziale Benachteiligung erfahren. Ihre Erfahrungen und Interessen bringen wir in gesellschaftliche und politische Debatten ein. Grundlage unseres Handelns sind die Menschenrechte und die Überzeugung, dass jeder Mensch die gleiche Anerkennung verdient. Vielfalt, Offenheit, Toleranz und ein respektvolles Miteinander bestimmen unsere Arbeit.

Unter dem Titel „Du bist Demokratie.“ machen wir sichtbar, wo Demokratie im Alltag entsteht: in den Einrichtungen, Diensten und Angeboten unserer Mitgliedsorganisationen. Die Kampagne zeigt Menschen, die sich einbringen, und lädt dazu ein, sich selbst darin wiederzuerkennen. Demokratie braucht Beteiligung – und sie braucht verlässliche soziale Strukturen, in denen Teilhabe tatsächlich möglich ist.

Unser Kompass: Menschenwürde, Gleichheit und Demokratie

In unserer Charta der Werte haben wir 2024 bekräftigt, was das Fundament der Paritätischen Familie bildet: die Würde des Menschen, Toleranz und Freiheit, Demokratie, Solidarität, Gleichstellung und Inklusion. Wir begegnen jedem Menschen als Träger*in von Menschenwürde. Die Zugehörigkeit und Verantwortung aller Menschen in unserer Gesellschaft ist für uns nicht verhandelbar. Eine soziale, offene Demokratie ist der Maßstab unserer Arbeit.

*„Feind*innen der Demokratie begegnet der Verband selbstbewusst und zeigt Haltung.“
Charta der Werte des Paritätischen Niedersachsen, 6. Mai 2024*

Parteipolitisch ungebunden. An Werte gebunden.

Parteipolitische Ungebundenheit bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Unsere Unabhängigkeit von Parteien verpflichtet uns auf die humanitären Grundsätze und den satzungsgemäßen Auftrag unseres Verbandes. Darum schweigen wir nicht, wenn Menschenwürde, Gleichheit, Freiheit oder demokratische Institutionen angegriffen werden.

Jede Form von Menschenverachtung und Extremismus ist mit unserer Arbeit unvereinbar. Das gilt für Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus ebenso wie für Antiziganismus, Islamismus, Behindertenfeindlichkeit sowie Queer- und Frauenfeindlichkeit – unabhängig davon, von wem sie ausgehen. Wer bei uns Hilfe sucht, wird nicht danach beurteilt, woher er kommt, was sie glaubt, wen er liebt oder was sie leisten kann.

Rechtsextremismus in Niedersachsen

Der Paritätische Niedersachsen stellt sich jeder Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus entgegen. Die aktuelle Lage macht zugleich eine besondere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erforderlich, weil von ihm bzw. der AfD gegenwärtig die größte Gefahr für die demokratische Gesellschaft ausgeht, wie die Niedersächsische Innenministerin am 11. Juni 2026 unterstrich.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz führt den AfD-Landesverband seit Februar 2026 als „Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“, was inhaltlich der gebräuchlicheren Bezeichnung „gesichert rechtsextremistisch“ entspricht.

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am 1. Juni 2026 den Eilantrag des Landesverbandes gegen diese Einstufung abgelehnt. Das Gericht sieht es als belegt an, dass der AfD-Landesverband Bestrebungen gegen die Würde des Menschen und gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip verfolgt. Dazu zählt es Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Glaubens gleiche Rechte und gesellschaftliche Zugehörigkeit absprechen. Außerdem werde staatlichen Institutionen unterstellt, gegen das eigene Land zu arbeiten. Diese Haltung habe sich seit 2022 verfestigt, sie ziehe sich durch alle Ebenen des Landesverbandes, gemäßigte Gegenpositionen seien dort nicht mehr erkennbar. Das Urteil ist zum heutigen Tage noch nicht rechtskräftig.

Außerdem verändert sich das rechtsextremistische Spektrum in Niedersachsen. Während klassische neonazistische Parteien nur noch eine geringe Rolle spielen, entstehen im Umfeld der AfD heute Gruppierungen, die gezielt junge und teilweise minderjährige Menschen ansprechen. Nach Angaben des Verfassungsschutzes bestehen zudem langjährige strukturelle Verbindungen zwischen Angehörigen der AfD Niedersachsen und dem politischen Vorfeld der Neuen Rechten. Auch die neue AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ ist in diese Vernetzung eingebunden.

Warum uns das unmittelbar betrifft

Menschenfeindliche und autoritäre Politik trifft zuerst diejenigen, deren Rechte, Teilhabe und soziale Sicherheit ohnehin unter Druck stehen: Geflüchtete und Eingewanderte, Menschen mit Behinderungen, jüdische und muslimische Menschen, queere Personen, Frauen, Menschen in Armut und viele weitere Menschen, die Diskriminierung erfahren. Werden ihre Gleichheit und ihre Rechte infrage gestellt, betrifft das unmittelbar den Auftrag der Freien Wohlfahrtspflege.

Betroffen sind auch die Organisationen und Beschäftigten der Freien Wohlfahrtspflege selbst. Mitarbeitende und Ehrenamtliche erleben Anfeindungen; soziale Einrichtungen und ihre Arbeit werden öffentlich delegitimiert; Finanzierung und Gemeinnützigkeit werden zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Der Paritätische Niedersachsen steht solidarisch an der Seite seiner Mitgliedsorganisationen und ihrer Mitarbeitenden, wenn sie Ziel von Hass, Bedrohungen oder Angriffen werden.

Was wir von der Politik erwarten

Demokratie zu verteidigen heißt, ihre Institutionen zu schützen und zugleich die sozialen Voraussetzungen demokratischer Teilhabe zu sichern. Aus unserem Auftrag und unseren bisherigen Positionierungen ergeben sich für uns vier politische Handlungsfelder:

1. Die Instrumente der wehrhaften Demokratie rechtsstaatlich nutzen

Bund, Land und Kommunen müssen die bestehenden rechtsstaatlichen Instrumente zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung konsequent anwenden. Wo die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, müssen zuständige Behörden handlungsfähig sein und demokratische Institutionen wirksam schützen.

- Rechtsextreme, antisemitische und andere menschenfeindliche Straftaten, Bedrohungen und Netzwerke müssen weiterhin konsequent aufgeklärt und verfolgt werden.
- Wehrhafte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen. Es ist entscheidend, dass die demokratische Mitte von den Werkzeugen der Wehrhaften Demokratie des Grundgesetzes (z.B. Art. 9 Abs. 2 GG, Art. 18 GG, Art. 21 Abs. 2 GG) auch Gebrauch macht sowie auf der Treuepflicht im öffentlichen Dienst besteht.

2. Soziale Infrastruktur als demokratische Infrastruktur sichern

Eine funktionierende soziale Infrastruktur ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben und Vertrauen in demokratische Institutionen entwickeln können. Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege sind deshalb nicht nur Orte sozialer Unterstützung, sondern auch Orte gelebter Demokratie.

- Bund, Land und Kommunen müssen die soziale Infrastruktur verlässlich und auskömmlich finanzieren. Kurzfristige Kürzungen, die Beratungs-, Unterstützungs-, Pflege-, Bildungs-, Teilhabe- oder Schutzangebote schwächen und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Politische Haushaltsentscheidungen müssen ihre Folgen für vulnerable Gruppen und die soziale Infrastruktur transparent berücksichtigen. Einsparungen dürfen nicht einseitig zulasten der Menschen gehen, die auf Unterstützung angewiesen sind.
- Freigemeinnützige Träger brauchen verlässliche Förderbedingungen, Planungssicherheit und Schutz davor, wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie politisch oder finanziell unter Druck gesetzt zu werden.

3. Vulnerable und von Diskriminierung betroffene Menschen wirksam schützen

Der Schutz der Menschenwürde darf nicht davon abhängen, wie laut oder durchsetzungsfähig eine gesellschaftliche Gruppe ist. Politik trägt besondere Verantwortung für Menschen, die von Diskriminierung, Armut, Ausgrenzung, Hass oder Gewalt betroffen oder bedroht sind.

- Sozial- und teilhaberechtliche Standards müssen gesichert werden. Politische Maßnahmen dürfen bestehende Benachteiligungen nicht verschärfen oder Menschen den Zugang zu notwendigen Unterstützungsleistungen erschweren.
- Antidiskriminierungs-, Opferberatungs- und Gewaltschutzstrukturen müssen dauerhaft, flächendeckend und bedarfsgerecht finanziert werden. Insbesondere muss auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die Betroffenenberatung für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anti-muslimischer Gewalt sowie der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Niedersachsen) dauerhaft finanziell abgesichert und ausgebaut werden.
- Einführung eines niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetzes, das Diskriminierung wirksam verhindert und beseitigt sowie eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt fördert. Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Behinderung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder ihrer sozialen Lage angefeindet werden, müssen sich auf den Schutz staatlicher Institutionen verlassen können.

4. Demokratiebildung ausbauen – von der Kita bis zur Erwachsenenbildung

Demokratische Haltung entsteht nicht erst an der Wahlurne. Sie entwickelt sich dort, wo Menschen früh lernen, dass ihre Stimme zählt, Konflikte ohne Ausgrenzung ausgetragen werden und Verschiedenheit selbstverständlich zum Zusammenleben gehört. Demokratiebildung ist deshalb eine dauerhafte öffentliche Aufgabe.

- Programme der Demokratiebildung, der politischen Bildung, der Antidiskriminierungsarbeit und der Extremismusprävention dürfen nicht gekürzt werden. Sie brauchen langfristige, verlässliche und deutlich ausgeweitete Förderung.
- Demokratiebildung muss bereits in der frühkindlichen Bildung systematisch gestärkt werden – altersgerecht, beteiligungsorientiert und eingebettet in den Alltag von Kindertageseinrichtungen.
- Schulen brauchen ausreichend Ressourcen für politische Bildung, Beteiligung, diskriminierungskritische Bildungsarbeit, Erinnerungskultur und den professionellen Umgang mit menschenfeindlichen und extremistischen Vorfällen.
- Auch außerschulische Jugendbildung, Erwachsenenbildung, Selbsthilfe, Quartiersarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement müssen als zentrale Lern- und Erfahrungsorte der Demokratie dauerhaft gestärkt werden.
- Projektförderung allein reicht nicht: Bewährte Strukturen der Demokratieförderung benötigen eine langfristige institutionelle Perspektive und Planungssicherheit.

Was wir selbst tun

Demokratie entsteht dort, wo Menschen einander begegnen, sich verständigen und gemeinsam entscheiden. Die Angebote der Paritätischen Familie sind solche Orte: im Stadtteiltreff, in der Jugendhilfe, im Pflegeheim, in der Selbsthilfegruppe, in der Werkstatt, in queeren Begegnungs- und Beratungsräumen, im Elterncafé der Kita oder in Seminaren der Erwachsenenbildung. Beteiligung und Teilhabe sind Menschenrechte und wir machen sie täglich erfahrbar.

Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen, die von rechtsextremer und menschenverachtender Hetze, Hass oder Gewalt betroffen sind. Wir unterstützen unsere Mitarbeiter*innen und Mitgliedsorganisationen dabei, demokratische Räume zu schützen und Beteiligung zu ermöglichen. Allen demokratischen Parteien stehen wir als Gesprächspartner*innen zur Verfügung – in der Kommune wie im Land. Wir kennen die soziale Wirklichkeit in Niedersachsen aus der täglichen Praxis und bringen dieses Wissen in politische Debatten ein.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das, was wir miteinander tun. In Niedersachsen geschieht das täglich: hauptamtlich, ehrenamtlich, in unseren Einrichtungen und weit darüber hinaus.

„Du bist Demokratie.“ ist deshalb Ansprache und Versprechen zugleich: Misch dich ein, bring dich ein, gestalte mit. Und: Wir setzen uns für Deine Menschenrechte, Deine Gleichheit und Deine Teilhabe ein. Wir stehen an der Seite der Menschen in Niedersachsen und wir erwarten von Politik und Staat, die demokratischen und sozialen Voraussetzungen dafür zu sichern.

*Beschlossen durch den Verbandsrat des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.
Hannover, den 06.10.2026*

Grundlagen und Quellen

- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.: Charta der Werte, 6. Mai 2024.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.: Für eine vitale und wehrhafte Demokratie, Positionspapier 2023.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.: Positionspapier Rechtsextremismus: Zeit zu handeln!, 15. Oktober 2019.
- Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.: Regelwerke / Satzung, Fassung 2022.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung: Niedersächsischer Verfassungsschutzbericht 2025 / Presseinformation vom 11. Juni 2026.
- Niedersächsischer Verfassungsschutz / Verwaltungsgericht Hannover: Mitteilung zum Beschluss vom 1. Juni 2026 über den Eilantrag des AfD-Landesverbandes Niedersachsen.